

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Verunsicherung der Anleger im Handelskonflikt hält unvermindert an. Holt China mit der angedrohten Exportbeschränkung der für elektronische Produkte so wichtigen „Seltene Erden“ nun zum Gegenschlag aus?

An den Aktienmärkten spiegelte sich die aktuelle Lage in rückläufigen Kursnotierungen wider. Im Bereich der Rentenpapiere waren sichere Staatsanleihen stark nachgefragt. Bei Bundesanleihen und auch griechischen Staatspapieren kam es in der Berichtswoche renditeseitig zu historischen Tiefständen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



Marktticker



Inhaltsverzeichnis

Aktien:

- Aktienmärkte geben weiter nach
- Fiat Chrysler und Renault: Fusionsvorhaben beflügeln Aktien
- Wirecard-Aktie mit turbulenter Entwicklung

Renten:

- Staatsanleihen: Renditeabschwung hält an
- Italien vor EU-Defizitverfahren
- US-Staatspapiere gesucht – Risikoanleihen mit erhöhten Prämien

Ausblick:

- Geldpolitische Sitzung der Europäischen Zentralbank (EZB)
- Verbraucherpreise im Euroraum
- US-Arbeitsmarktdaten

Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 31.05.2019 ca. 16:00	seit 24.05.2019	seit 28.12.2018
Dow Jones	24.869	-2,8%	7,8%
EURO STOXX 50	3.264	-2,6%	9,3%
Dax 30	11.687	-2,7%	10,7%
Nikkei 225	20.601	-2,4%	2,9%
MSCI Emerging Markets	55.705	0,9%	4,6%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	-0,20%	-8 BP	-44 BP
Iboxx Euro Sovereign	243,09	0,2%	3,4%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	82	5 BP	-21 BP
US-Leitzins	2,50%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	2,16%	-16 BP	-55 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,12	-0,3%	-2,4%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	55,13	-6,0%	21,6%

Aktien

Aktienmärkte geben weiter nach

An den internationalen Aktienmärkten überwogen im Wochenvergleich erneut die negativen Vorzeichen. Der Handelskonflikt zwischen den USA und China belastete auch in dieser Woche das Marktgeschehen. Derzeit schwinden zunehmend die Hoffnungen auf eine rasche Lösung. Zum Monatswechsel treten die bereits Mitte Mai angekündigten chinesischen Strafzölle in Kraft. Das Handelsministerium in Peking hebt dabei ab Mitternacht (Ortszeit) die Zölle auf US-Waren im Wert von 60 Milliarden Dollar an. Je nach Produkt können dann Sonderabgaben von bis zu 25 Prozent anfallen. Das Ganze gilt aus Sicht Chinas als Vergeltung für die bereits Mitte Mai verhängten Strafzölle aus Washington. Daneben drohte Peking am vergangenen Mittwoch auch mit einer Exportbeschränkung sogenannter „Seltener Erden“ als Antwort auf die Sanktionen der USA gegen den chinesischen Telekomausrüster Huawei. Die 17 Metalle kommen insbesondere in der High-Tech-Industrie zum Einsatz, wie zum Beispiel in Smartphones, Computern und Bildschirmen. China gilt dabei als der gegenwärtig größte Produzent Seltener Erden.

Angesichts der verhärteten Fronten positionierten sich die Anleger in der abgelaufenen Handelswoche mehrheitlich auf der Verkaufsseite. Infolgedessen knüpften die Aktienmärkte an den Verlusten der Vorwoche an. Der MSCI World-Index verbuchte im Wochenvergleich einen Rücksetzer von 1,1 Prozent. In den USA ging es für den marktbreiten S&P 500-Index um 2,4 Prozent zurück. Die in der vergangenen Woche abverkauften Technologiewerte aus den USA (NASDAQ-Index) verzeichneten ein Minus von 2,3 Prozent. Auch in Asien ging es abwärts: Der japanische Nikkei 225-Index verlor im Wochenvergleich 2,4 Prozent. Aktien aus dem Bereich Seltene Erden konnten sich dennoch behaupten und profitierten von den Androhungen Chinas. Der Hang Seng China Enterprises-Index zeigte sich mit minus 0,6 Prozent moderat schwächer. Der EURO STOXX 50-Index gab um 2,6 Prozent nach. Das deutsche Börsenbarometer (DAX) musste ebenfalls Korrekturen hinnehmen. Im Vergleich zur Vorwoche verbuchte der Index ein Minus von 2,7 Prozent. Vor dem Hintergrund

geplanter US-Strafzölle auf sämtliche Importwaren aus Mexiko gerieten am Freitag vor allem deutsche Autobauer, die in Mexiko fertigen, unter Druck.

Fiat Chrysler und Renault: Fusionsvorhaben beflügelt Aktien

Am vergangenen Montag gab der Autokonzern Fiat Chrysler kund, dass er eine Fusion mit dem französischen Konkurrenten Renault für möglich hält. Der Verwaltungsrat von Renault signalisierte ebenfalls Interesse an dem Fusionsvorschlag. Durch einen Zusammenschluss könnte einer der größten Autokonzerne weltweit entstehen. Im Zuge dessen würde auf die derzeitigen Platzhirsche Volkswagen und Toyota eine weitere Herausforderung zukommen. Dabei sollen die fusionierenden Unternehmen jeweils die Hälfte der Anteile an der neu entstehenden Holding erhalten. Laut Angaben von Fiat Chrysler würde der vorgeschlagene Zusammenschluss einen globalen Autohersteller schaffen, der herausragend in Bezug auf Umsatz, Volumen, Rentabilität und Technologie sowie von Vorteil für die Anteilseigner der Unternehmen wäre. Darüber hinaus sollen sich die Geschäftsbereiche der beiden Unternehmen ergänzen. Der als erfolgreich geltende Absatz von Kleintransportern durch Fiat Chrysler in Nordamerika könnte das fehlende Geschäft von Renault in den Vereinigten Staaten kompensieren. Andersrum sticht Renault mit einer starken Präsenz im Bereich der Elektromobilität und an den Schwellenländermärkten hervor. Der Markt nahm die Nachrichten positiv auf und die Aktien der Autohersteller kletterten teilweise um zweistellige Prozentwerte.

Wirecard-Aktie mit turbulenter Entwicklung

Zum Wochenbeginn konnten die Aktien von dem Zahlungsdienstleister Wirecard noch nachrichtenlos mit einem Zuwachs von 2,7 Prozent ein neues Vier-Monats-Hoch erreichen. Am Freitagvormittag hingegen mussten die Teilhaberpapiere einen Verlust von über zwölf Prozent hinnehmen. Einem Zeitungsbericht zufolge sehen derzeit mehrere Staatsanwaltschaften Wirecard als einen zentralen Zahlungsabwickler für betrügerische Trading-Seiten an. Über Konten bei der Wirecard Bank sollen betrügerische Internetanbieter Gelder von Kunden eingesammelt haben. Der DAX-Konzern dementierte dies jedoch.

Renten

Staatsanleihen: Renditeabschwung hält an

In der Berichtswoche waren einmal mehr sichere Staatsanleihen gesucht. Dort setzte sich angesichts der Ängste vor einer weltweiten Abkühlung der Konjunktur und des sich weiter verschärfenden Handelsstreits - nach den USA/China nun auch die USA/Mexiko betreffend - der Kursaufschwung fort.

Im Euroraum fiel dabei die Rendite der richtungsweisenden zehnjährigen Bundesanleihen am Freitagmittag um weitere zehn auf ein neues Renditetief von minus 21 Basispunkten. Die bundesdeutsche Zinskurve verschob sich um vier bis elf Basispunkte nach unten und tendierte dabei etwas flacher, da die Renditen der langen Laufzeiten etwas mehr nachgaben als in den kürzeren Fälligkeiten.

Sehr erfreulich verlief die Entwicklung am griechischen Bondmarkt. Die im Nachgang der Wahlen zum EU-Parlament erfolgte Ankündigung von Neuwahlen und die damit einhergehende Aussicht auf einen Wahlerfolg der als marktfreundlich eingeschätzten Partei Nea Dimokratia ließ die Notierungen griechischer Staatsbonds steigen. Deren Zehnjahresrendite fiel am Freitag mit 2,95 Prozent unter die 3,0-Prozentmarke und erreichte damit ebenfalls ein historisches Tief. Zum Vergleich: In der Vorwoche pendelte die Zehnjahresrendite noch um die 3,4-Prozentmarke.

Auch an den anderen Euro-Staatsanleihemärkten setzte sich – mit Ausnahme von Italien – der rückläufige Renditetrend fort. So rentierten etwa portugiesische Zehnjahrespapiere mit nur noch 0,8 Prozent.

Italien vor EU-Defizitverfahren

Italien zeigte sich hingegen in der Berichtswoche als Ausreißer, die Entwicklung am italienischen Bondmarkt war weniger erfreulich. Die italienische Regierung in Person von Vize-Ministerpräsident Salvini sah sich angesichts des Erfolges der Lega-Partei bei den Europawahlen zur Ankündigung von Steuererleichterungen und der Forderung nach lockereren Defizitregeln ermuntert. Hinsichtlich der Steuerthematik wurden dabei für das kommende Jahr

Erleichterungen in Höhe von 30 Milliarden Euro angekündigt. Zudem soll die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung im Umfang von 23 Milliarden Euro zurückgenommen werden. Letztlich würde Italien im kommenden Jahr sowohl gegen den EU-Stabilitätspakt (Staatsschuld mehr als 130 Prozent des BIP) verstoßen als auch eine übersteigerte Neuverschuldung erfahren. Die EU wird nun ein Defizitverfahren einleiten und in einem ersten Schritt einen Bericht hinsichtlich Italiens Verschuldungssituation erstellen. Gleichzeitig machten am Markt Gerüchte hinsichtlich möglicher Strafzahlungen im Volumen von bis zu vier Milliarden Euro die Runde. Die Ingangsetzung des Prozesses als Disziplinierungsmaßnahme der EU wird wohl nicht lange auf sich warten lassen. Auch macht sich die Lega für eine Stärkung der italienischen Interessen innerhalb der EZB nach dem Rückzug von Präsident Mario Draghi im Oktober stark. Diese Gemengelage ließ die Rendite und damit auch die Risikoaufschläge italienischer Staatsanleihen (zu deutschen Bundesanleihen) deutlich anziehen. Per Freitagmitte lag die Zehnjahresrendite bei etwas mehr als 2,7 Prozent (plus 16 Basispunkte im Wochenvergleich). Der Risikoaufschlag (Spread) zu deutschen Bundesanleihen erreichte mit 293 Basispunkten einen neuen Jahreshöchststand. Entgegengesetzt verlief die Entwicklung am spanischen Markt. Spanische Staatsanleihen bieten eine positive Rendite und weisen im Vergleich zu Italien geringere politische und fiskalische Risiken auf.

US-Staatspapiere gesucht - Risikoanleihen mit erhöhten Prämien

Auch am US-Markt setzte sich in Erwartung einer weniger restriktiven US-Notenbank der Renditeabschwung weiter fort. Mit 2,15 Prozent liegt die Rendite im Zehnjahresbereich mittlerweile um mehr als einen ganzen Prozentpunkt unter dem Stand im vergangenen November. Gegenüber der Fed hat sich am Markt hinsichtlich der Zinspolitik nunmehr hoher Erwartungsdruck aufgebaut. Die Zinskurve verschob sich in der Berichtswoche ab zwei Jahren Laufzeit parallel um 16 Basispunkte nach unten. Unternehmensanleihen und Papiere aus den Schwellenländern wiesen im Gegenzug erhöhte Risikoprämien auf.

Ausblick

Am Donnerstag tagt die Europäische Zentralbank (EZB). Angesichts unveränderter Wachstums- und Inflationseinschätzungen dürfte der aktuell eingeschlagene geldpolitische Kurs, der von einigen EZB-Ratsmitgliedern jüngst als angemessen bezeichnet wurde, beibehalten werden. Zentrale Diskussionspunkte des in Litauen stattfindenden Zusammentreffens werden sowohl die Ausgestaltung der neuen Langfristtender (TLTROs) als auch eine mögliche Einführung eines gestaffelten negativen Einlagenzinses sein. Bei letzterem geht es darum, einen Teil der sich derzeit für die Banken ergebenden Belastungen abzufedern. Da zuletzt aber Länder mit hoher Überschussliquidität wie Deutschland und Frankreich bei den jüngsten Geldmengenstatistiken mit einer hohen Kreditvergabe auffielen - dort kommt der negative Einlagenzins am deutlichsten zum Tragen - dürfte mit einer baldigen Einführung nicht zu rechnen sein.

Mit Blick auf die Konjunkturdaten werden am Dienstag die vorläufigen Verbraucherpreise im Euroraum für Mai bekanntgegeben. Der Konsens der befragten Analysten rechnet mit einem Anstieg der Kernrate um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

Aus den USA kommen dann am Freitag die Arbeitsmarktdaten. Bei den vielbeachteten neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft wird für Mai im Durchschnitt mit 190.000 neuen Jobs gerechnet. Weiter stehen mit dem ISM-Index für das verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor weitere wichtige Daten an. Nach einer schwächeren Entwicklung im April sollten beide Indizes im Mai - oberhalb der 50er Expansionsschwelle - wieder etwas zulegen. Darüber hinaus dürften die ermittelten US-Stundenlöhne wegen nur geringer Zuwächse kaum für Impulse bei der Preisentwicklung gesorgt haben.

Ihr Portfoliomanagement
Union Investment Privatkunden

Termine

Montag, 03.06.2019	EWU: Endgültiger Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe (Mai) GBR: Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe (Mai) USA: ISM-Index für das verarbeitende Gewerbe; Pkw-Absatz (beide Mai)
Dienstag, 04.06.2019	EWU: Vorläufige Verbraucherpreise (Mai) USA: Auftragseingänge in der Industrie (Apr.); Fed-Konferenz zur geldpolitischen Strategie Zinsentscheid der australischen Notenbank
Mittwoch, 05.06.2019	EWU: Endgültiger Einkaufsmanagerindex für Dienstleistungen (Mai) USA: ADP-Beschäftigungsreport; ISM-Index für Dienstleistungen (beide Mai)
Donnerstag, 06.06.2019	DEU: Auftragseingang (Apr.) EWU: Zweite Schätzung zum Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal USA: Handelsbilanz (Apr.) Geldpolitische Sitzung der Europäischen Zentralbank (EZB)
Freitag, 07.06.2019	DEU: Exporte und Industrieproduktion (Apr.) USA: Neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft (non farm payrolls); Arbeitslosenquote; Stundenlöhne (alle Mai)

Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:
31. Mai 2019, soweit nicht anders angegeben.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de

Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt